



Vorlage-Nr.: **2398-2023/DaDi**

Fachbereich: Fraktionen von Freie Wähler/UWG, FDP und Bündnis90/Die Grünen  
Fraktionsvorsitzende  
Jörg Rupp  
Prof. Dr. Ingo Jeromin  
Christian Grunwald  
Claudia Schlipf-Traup

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
1.	Schul-, Kultur- und Sportausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Fortführung des Einsatzes von Sprach- und Integrationsmittler\*innen für Kreisschulen – Gemeinsamer Antrag FW/UWG, FDP und Grüne**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreisausschuss wird beauftragt,

1. die Sprach- und Integrationsmittler\*innen des DRK auch über den Oktober 2023 hinaus für Einsätze an den Kreisschulen in gleicher Höhe weiter zu finanzieren und
2. zeitgleich Verhandlungen mit dem Kultusministerium des Landes Hessen aufzunehmen, dass der Einsatz der Sprach- und Integrationsmittler\*innen als Modellprojekt refinanziert wird.

Sollten die Verhandlungen mit dem Kultusministerium des Landes Hessen keinen Erfolg haben, stellt der Landkreis Darmstadt-Dieburg eine vorläufige Finanzierung über die Sozialstiftung des Landkreises Darmstadt-Dieburg sicher und prüft während dessen alle möglichen Anschlussfinanzierungsmöglichkeiten (EU, Bund, Land, Stiftungen, Spenden, Sponsoring).

## **Begründung:**

Um die Kommunikation zwischen zugewanderten Eltern, deren Kindern und Lehrkräften zu ermöglichen und die gesellschaftliche Integration im Landkreis Darmstadt-Dieburg zu fördern, ist das seit zehn Jahren erfolgreich bestehende Projekt der DRK „Sprach- und Integrationsmittler\*innen“ an allen Kreisschulen unvermindert fortzuführen.

Mit einer Initiative soll das beispielhafte Projekt für den schulischen Bereich durch den zuständigen Träger, das Kultusministerium des Landes Hessen, refinanziert werden und somit als Regelleistung etabliert und an bestehende Integrationsherausforderungen angepasst werden.